

Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Aden & Komp., Nr. 2061A.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verwaltung: Dresden, Gebr. Krausold.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 9.00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftstagen von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Insertionspreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 50 Pf., davon 40 Prozent Leertextzuschlag, bei Familienangehörigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verabreichung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Brieflieferung 20 Pf.

Nr. 136.

Dresden, Dienstag den 17. Juni 1919.

30. Jahrg.

Weimarer Ergebnisse.

Die Debatten des sozialdemokratischen Parteitags sind verflungen und die Betrachtungen, die als Nachhall in der Presse einfließen, sind mindestens so lehrreich für die Situation, wie es die Tagung selbst war. Der Presse der Rechten ist unsere Weimarer Tagung ein neuer Beweis dafür, daß sich die Sozialdemokratie immer stärker nach links entwickelt, während umgekehrt die Revolutionshyphetiker am Verlauf der Verhandlungen nachweisen, daß die Sozialdemokratie sich immer mehr nach rechts wende. Waren von diesen Seiten andere Kommentare zu erwarten? Nein, denn das hieße Erkenntnisse von historischen Notwendigkeiten bei Leuten voraussetzen, die nur noch in Schablonen denken können. Die Rechten, die sich die Extremen von rechts und links im Kampfe gegen die härteste Arbeiterpartei gefordert haben, sind so geübelt und mißtrauisch wie das Denken dieser Politiker der Scheuklappen.

Vor allem die Unabhängigen, die sich auf ein Gezänk in Weimar und auf eine große Niederlage der Regierung stützen, setzen sich in ihren freundlichen Erwartungen schwer getäuscht. Gewiß wird auch die sozialdemokratische Parteimehrheit von den Lösungen in Weimar nicht hoch befreit sein können. Die zur Tagesordnung gehenden Probleme waren zu schwer und zu groß, als daß der Parteitag über Festlegung allgemeiner Grundlinien hätte hinauskommen können. Ränder Antrag, manche Anregungen, die ein besseres Schicksal verdient hätten, mußten unter den Tisch fallen. Die Note im Innern, wie das dunkle Schicksal, das in diesen Tagen von Versailles her über uns ausgebrochen wird, mußten unsern diesjährigen Parteitag zu einem Kongreß der Not und des Jammers. Nur unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, kann man der geleisteten Arbeit gerecht werden. Die deutsche Arbeiterklasse ist aus der Periode des Agitationskampfes in die politische Schaffensperiode eingetreten. Gerade darum war die Kritik an der Regierung, wenn sie sich auch quantitativ in den nötigen Grenzen halten mußte, immerhin doch so deutlich, daß wir hoffen, die Genossen an der Spitze des Landes und der Partei werden das Drängen der Genossen nach rascher Demokratisierung der Staatsmaschine und nach Verlangen nach planmäßigerem sozialistischen Aufbau und Umbau des Wirtschaftslebens verstehen.

Wir haben gestern bereits an dieser Stelle die Wilsdruffer Forderung nach rascher Verwirklichung staatlicher Gemeinwirtschaft betrachtet und ebenso begrüßt wie den in der Räte-Revolution geforderten Ausbau des Rätegedankens im Wirtschaftsbereich, so daß wir uns nicht zu wiederholen brauchen. Stehen uns hier die bürgerlichen Parteien im Wege, so muß der Kampf gegen diese Hindernisse energisch aufgenommen werden. Wir wissen, daß wir in diesem Kampfe allein stehen werden, denn die Unabhängigen haben sich sowohl in der Sozialisierungs- wie in der Rätefrage in kommunikativen Sackgassen berrannt. Sie werden in diesen Punkten abgetan von ihren besten, besonnensten und darum fähigsten Köpfen. Ihre Formel „Alle Macht den A- und S-Räten“ wird von den Rechten wie Kautsky und Ströbel als wirtschaftlicher Unfug und politischer Dilettantismus gebrandmarkt. Solange diese Politik des Unfugs da drüben herrscht, bleibt die Einigung des sozialistischen Proletariats unmöglich. Mit einer Revolution, in der die Grundzüge der Demokratie scharf betont werden, hat der Parteitag die für uns einzig mögliche Basis der Einigung scharf gezogen.

Je eger in den unabhängigen Arbeitermassen die Einsicht von unabhängigen Gerichten wie Ströbel, Kautsky, Neustreife usw. liegt, um so besser für das Proletariat. Aber wir fürchten, die Politik der Unklarheit, des Konzeptionslosens und in parteilicher Richtung und der Unwahrscheinlichkeit wird da drüben so rasch nicht abwickeln. Ein klägender Beweis für das unüberwindliche Beharren der U.S.V. waren die Entschlüsse der Räte über die Verhandlungen unabhängiger Führer mit den Offizieren der von der unabhängigen Presse geschmähten Freiwilligenkorps. Heute möchten die Freiheit und ihre Geschwister die Sache aus dem Versteck ins Licht ziehen und die Parteileitung will nichts von dem Liebeswerben um die „Rote Garde“ gewußt haben! Was nichts hat sie gekostet. Quase hat ja auch nicht gewußt, daß Cohn und Barth von Joffe Weid für den Waffenkauf 1918 bekamen. Nachher haben die Unabhängigen sich dieser Geldentartung gerahmt. Ledebour wußte natürlich auch nichts davon, daß Wichhorn Waffen austeilte und Waffen zu strengen besah; er war ja auch nur im selben Zimmer. Bei allen Quälen daselbst: die Unabhängigen sagen, mein Name ist Quase, ich weiß von nichts. Wenn aber andere eine Bewegung führt, dann sind sie die Träger der Revolution. Und wenn Kooles Truppen wieder einmal gegen unabhängig-kommunistische Gewaltabsichten aufgeben werden müssen, dann wird der ganze Chor der Revolutionshyphetiker gegen die Sozialdemokratie toben, weil sie die Verteidigung der „Weißgardisten“ zuläßt, um deren Genuß und deren Kreuzelwau unabhängige Führer vergeblich gebührt haben. Im Winter dieses Jahres erkannten selbst Genossen, die nach Weimar gegangen waren, um Kooles den Kopf zu walchen, daß keine Regierung ohne die Weimarer, wie sie Kooles organisiert hat, auskommen kann. Wir müssen fordern, daß alle militärischen Übergriffe unumwidlichlich gebührend werden, aber zu vermeiden sind sie nicht, solange die Grundzüge der Demokratie von links andauernd bedroht werden. Was gebessert könnte allerdings werden, wenn der Appell des

Parteitags an die Parteigenossen, sich in möglichst großer Zahl der Regierungsschutztruppe anzuschließen, nachdrücklichste Unterstützung fände.

Ueberflüssig ist der Streit darüber, ob die Regierung aus den Parteitagdebatten gerechtfertigt hervorgegangen ist oder nicht. Referenten und Debattierender haben daraus kein Wohl gemacht, daß die Arbeiterklasse von unsern leitenden Männern mehr Initiative gegen rechts auf allen Gebieten fordert. Aber unterstrichen werden muß wiederum, was auf dem Parteitag auf den den sozialdemokratischen Arbeitern gefordert wurde: sie müssen den Mut haben, der Hyphetie von

links energisch entgegenzutreten und dem revolutionären Ansturm die sozialdemokratische Vernunft entgegen zu setzen. Dann wird sich unsere Partei, die für alles, was sie für richtig und notwendig erkannte, trotz aller Ungunst dieser gährenden Zeit auch tapfer die Verantwortung übernommen hat, — dann wird sich die alterprobierte Partei der organisierten Arbeiterklasse durch alle Stürme und Wüsten der Gegenwart behaupten. Unsere Gegner von rechts wie von links sind sich einig in der Lösung: die Macht der Sozialdemokratie muß gebrochen werden! Die Rechten wissen, was sie damit wollen — die Revolutionshyphetiker aber wissen nicht, was sie tun. Um so mehr müssen unsere Anhänger die Augen klar und die Energie in Spannung halten.

Sonst droht dem deutschen Volke die Reaktion oder anarchisches Chaos!

Die Antwort der Entente.

Verfaßt, 16. Juni. In ihrer Antwort auf die deutschen Gegenentwürfe erklären die alliierten und assoziierten Mächte: Sie glauben, daß der von ihnen vorgeschlagene Plan von Grund auf ein Gerechtigkeitsrecht sei und den Grundzügen entspreche, die bei Abschluß des Waffenstillstandes von beiden Seiten als Grundlage für den Frieden angenommen seien. In Durchführung dieser Grundzüge hätten die alliierten und assoziierten Mächte Maßnahmen getroffen um Völkern als unabhängigen Staat mit freiem, sicheren Zutritt zum Meer wieder aufzurichten, alle nicht ungewissenhaft in der Welt der Welt polnische Gebiete außer einigen isolierten Städten und Inseln, die in erst kürzlich gewaltsam erzwungenen Ländern errichtet und unmittelbar ungewissenhaft polnischen Ländern zugeführt seien, kein Deutschland beiseite gelassen. Ueberall wo der Volkswille am stärksten sei, sei Volkswille in Anwendung zu bringen. Daraus würde freilich keine Annahme werden autonom und lägen nicht unter polnischer Herrschaft, noch würden sie einen Bestandteil des polnischen Staates bilden. Völkern würde gewisse wirtschaftliche Rechte in Dantsig erhalten. Die Stadt selbst von Dantsig wird, weil es kein anderes Mittel gäbe, Polen diesen freien, sicheren Zutritt zum Meer, den Deutschland zu gewähren verpflichtet sein, zu geben. Die deutschen Gegenentwürfe würden in völliger Widerspruch mit den für den Friedensschluß angenommenen Grundzügen. Sie seien vor, daß die große Mehrheit ungewissenhaft polnischer Bevölkerung unter der Herrschaft Deutschlands bleiben würde. Sie verzögerten aber einer Nation von über 20 Millionen Einwohnern, deren Landesangehörige (naillac) längs des ganzen zur Küste führenden Weges in der Weichsel seien, den sicheren Zutritt zum Meer, um Verbindung zu Lande zwischen Litauen und Westpreußen zu erhalten, deren Handel immer hauptsächlich zur See erfolgt. Diese Gegenentwürfe würden sämtlich von den alliierten und assoziierten Mächten nicht angenommen werden. Außerdem hat die deutsche Note eine Veränderung vorgeschlagen, die ausgeschlossen wird: Auf Grund der Behauptung, daß Oberösterreich, abgesehen von einer polnischen Mehrheit im Verhältnis von 2:1 (nach der letzten deutschen Volkszählung von 1910 1.250.000 gegen 650.000) deutsch zu bleiben wüßte, wüßte die Mächte ein, daß die Frage, ob Oberösterreich zu Deutschland oder Polen gehören soll, durch eine Abstimmung der Bewohner selbst entschieden werde.

Sarggebiet

vorgesehene Regime muß 15 Jahre dauern. Dieses Arrangement würde für notwendig erachtet einmal als Verhandlung des allgemeinen Wiederbauplanes, und dann als sofortige und für Frankreich als notwendig erachtete Kompensation für die letztmalige Herstellung der Kohlengruben Nordfrankreichs. Dieses Gebiet gelangt nicht unter französische Oberhoheit, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Diese Lösung hat den Vorteil, keinerlei Anknüpfung in sich zu schließen, trotzdem Frankreich das Übergangsrecht an den Staaten zurückkommt. Außerdem hat sie die wirtschaftliche Einheit des Saarlandes aufrecht, die für die Interessen der Bewohner wesentlich ist. Nach Verlauf von 15 Jahren wird die Bevölkerung, die in der Zwischenzeit unter Herrschaft und Regierung der Gesellschaft der Nationen die Kontrolle über ihre örtlichen Angelegenheiten ausgeübt hat, völlige Freiheit besitzen, um zu entscheiden, ob sie die Vereinigung mit Deutschland oder mit Frankreich oder die Ausrufung des im Vertrag vorgesehenen Regimes wüßte.

Die Weichsel, die man von Deutschland an

Dänemark und Belgien

zu übertragen beabsichtigt, wurden teilweise genehmigt von Preußen genommen und keinerlei Arbeiterfrage wird erfolgen, die nicht Ergebnis eines Entschlusses der Einwohner sein wird. Dieser Entschluß wird mit solchen Vorbedingungen gefaßt werden, daß die Freiheit der Abstimmung vollständig sein wird. Endlich sind die alliierten und assoziierten Mächte der Ansicht, daß die Eingeborenen deutscher Kolonien sich selbst dem Völkern widersetzen, unter deutsche Oberhoheit zurückzuführen. Die Tradition deutscher Bevölkerung, deutscher Regierungsmethoden sowie der Gebrauch, der von ihren Kolonien gemacht wurde, um sie als Basis zu verwenden, von wo aus man sich auf den Weltmarkt stützen könne, machen es den alliierten und assoziierten Mächten, diese Kolonien Deutschland zurückzugeben, noch um die Verantwortung anzuzuerkennen, ihre Bewohner zu erziehen und zu bilden. Aus diesen Gründen sind die alliierten und assoziierten Mächte nicht gewillt, diese Vorgänge abzuändern auf den angegebenen Punkten.

Die Vorläufe betreffend das

Internationale Regime der Flüsse

würden eine Ergänzung zu dem territorialen Regime. Es ist Konform den Grundzügen des Friedens, wie sie angenommen wurden, sowie dem in Europa in Kraft befindlichen öffentlichen Recht, daß Völkern Staaten auf den ihr Gebiet durchfließenden schiffbaren Flüssen Zugang zum Meer erhalten. Die alliierten und assoziierten Mächte erachten dies als die von ihnen vorgeschlagenen Arrangements als von grundlegender Bedeutung für die freie Entfaltung der neuen kontinentalen Staaten. Weiterhin haben sie keine Beteiligung der Rechte anderer Völkern zur Folge. Vorzunehmen, die die Teilnahme der Vertreter von

Nichtvertrauten in den Flüßkommissionen bestehen, bilden eine Gewähr dafür, daß das allgemeine Interesse in Betracht gezogen wird. Jedoch sind in der Ausführung dieser Bestimmungen einige Änderungen an den ursprünglichen Vorschlägen zugebilligt worden.

Es hat den Anschein, daß die deutsche Delegation den Sinn der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in erheblichem Maße mißachtet hat. Es besteht bei den alliierten und assoziierten Mächten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu erdrosseln und es zu verhindern, im internationalen Handel die Stellung einzunehmen, die ihm zukommt. Vorausgesetzt, daß die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt und vorausgesetzt ebenfalls, daß es keine Methoden des Anreizens und Anlockens ausübt, die seine Wirtschaftsmethoden, die seine politischen Methoden charakterisieren, in Abhängigkeit der alliierten und assoziierten Mächte, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung genießt in Bezug auf den Verkauf von Rohmaterialien und den Verkauf von Waren unter Vorbehalt der zeitlich bereits angeführten Maßnahmen, die im Interesse der durch Deutschlands Taten geschädigten und geschädigten Nationen angefaßt worden sind. — Die alliierten und assoziierten Mächte wüßten, daß die durch den Krieg ausgeprägten Verhältnisse sobald als möglich erledigt und daß alle Nationen an dem wahren Wohlergehen teilnehmen, das aus einem Austausch hervorgeht, um jeder einisch den Forderungen des andern nachzukommen. Sie wüßten, daß Deutschland wie alle andern Nationen sich dieser Wohlthat erfreue. Aber auf diese Jahre hinaus wird nach ein beträchtlicher Teil dieser Wohlthat dazu dienen müssen, bei den Nachbarn die Schäden wieder aufzubereiten, die Deutschland befallen hat. Um ihre Absicht klarer zu gestalten, haben die alliierten und assoziierten Mächte eine gewisse Anzahl finanzieller und wirtschaftlicher Punkte des Vertrages abgeändert, aber die Grundzüge, auf denen der Vertrag beruht, sind unantastbar.

Der Vorschlag der alliierten und assoziierten Mächte, über die

Wiederaufmachung:

umgehrt keineswegs selbst der Kommission des reparations eine Empfehlung in das innere Leben Deutschlands, wie die deutsche Reichsregierung behauptet. Sie kommt lediglich beiden Parteien die Wiederaufmachung möglichst zu erleichtern. So muß sie ausgelegt werden. Infolgedessen sind die alliierten und assoziierten Mächte nicht gewillt, sie abzuändern. Aber gleich der deutschen Delegation erkennt sie die Vorteile an, die daraus erwachsen, wenn man so schnell wie möglich den Vertrag kennen lernt, den Deutschland zahlen muß und die Alliierten annehmen können. Dieser Vertrag kann nicht sofort festgesetzt werden, da die Höhe des Schadens und die Kosten der Wiederaufmachung noch nicht festgesetzt werden konnten. Infolgedessen wüßten die alliierten und assoziierten Mächte ein Deutschland alle notwendigen vernünftigen Erleichterungen zu gewähren und ihm zu gestatten, sich ein Gesamtbild der Verletzungen und Schäden zu machen, in der Zeit von vier Monaten von der Vertragsunterzeichnung an, Vorschläge für die Regelung des von ihm verursachten Schadens zu machen. Falls man im Sinne von zwei Monaten, welche der Inkrafttreten des Vertrages folgen, zu einer Einigung gelangen kann, wird die genaue pecuniäre Verantwortlichkeit Deutschlands festgelegt werden. Falls in dieser Frist eine Einigung nicht festgelegt werden kann, wird das im Vertrage vorgesehene Arrangement auszuführen werden.

Die alliierten und assoziierten Mächte können der Forderung der deutschen Delegation auf sofortige Zulassung Deutschlands zur

Gesellschaft der Nationen

nicht nachkommen. Die deutsche Revolution wurde als zum letzten Augenblick des Krieges verzögert und hinter haben die Alliierten und Assoziierten keinerlei Garantie, daß die Revolution eine dauerhafte Veränderung darstellt. Bei dem außerordentlichen Zustande des internationalen öffentlichen Rechts kann man von den freien Nationen der Welt nicht erwarten, daß sie sich ungeduldig und auf dem Ruhe der Welt mit denen assoziieren, welche ihnen so großes Unrecht zugefügt haben. Jeder Versuch, dieses Verbrechen in verdrängter Weise herbeizuführen, würde das Ansehen der von allen gebührenden Teilnahme nur verzögern, statt es zu beschleunigen. Aber die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß, wenn das deutsche Volk durch seine Verbündeten, seine Absicht, die Friedensbedingungen zu erfüllen, keine endgültige Verschiebung auf Kriegspolitik und keine Umwandlung in ein Volk bekundet mit dem man auf freundschaftlichem Fuße in guten Nachbarschaft leben kann, die Erinnerungen an die letzten Jahre sich schnell wemmen und es möglich sein wird, in nicht ferner Zukunft die Gesellschaft der Nationen zu verewilligen, indem man Deutschland zuläßt.

Die alliierten und assoziierten Mächte wüßten aufrichtig, daß dem so sein könne: sie glauben, daß die Zukunft der Welt von einem engen freundschaftlichen Zusammenwirken aller Nationen im Hinblick auf die Regelung internationaler Angelegenheiten und die Befähigung aller Völkern, was die Wohlfahrt und den Frieden der Menschheit berührt, abhängt. Aber es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volkes selbst abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts in die Gesellschaft der Nationen näher zu bringen.

theater
madel
4 M.
Dresden
se
lotterie
Barthel
Schubert
Schubert
Schubert